



**Rede des Vorsitzenden der CDU-Fraktion, Herbert Panofen,
zum Haushalt 2008 am 30.1.2008**

Herr Bürgermeister, Herr Waschki, meine Damen und Herren

Heute haben wir sie, Herr Waschki, als neuen 1. Stadtrat vereidigt.

Sie werden eine interessante und verantwortungsvolle Aufgabe übernehmen, starten sie diese Herausforderung mit Mut und Energie im Interesse der Bocholter Bürger. Die CDU-Fraktion bietet ihnen eine vertrauensvolle Zusammenarbeit an, wir wünschen ihnen für dieses neue Amt viel Glück und Erfolg.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Heute steht ein historischer Haushalt auf der Tagesordnung, denn es handelt sich hierbei um den letzten kameralen Haushalt, nach Jahrzehnten der Kameralistik wird ab dem nächsten Jahr der Haushalt nach NKF Richtlinien erstellt, aber auch unter diesen Bedingungen wird es keine Geldvermehrung geben, Schulden bleiben auch hier Schulden. Mit den neuen Richtlinien werden wir uns nach Vorliegen der Eröffnungsbilanz intensiv auseinandersetzen.

Gestatten sie mir einen kurzen Blick auf die Haushaltsverabschiedung der letzten Jahre. Die CDU hat in diesen Jahren einen wesentlichen Beitrag geleistet zum Inhalt und zur Konsolidierung des Haushaltes. Das Ergebnis ist unter anderem die Reduzierung der Schulden. Die Mitarbeiter der Verwaltung haben ebenfalls ihren Beitrag geleistet. Bereits an dieser Stelle möchte ich Sie, Herr Bürgermeister bitten, den Mitarbeitern der Verwaltung den Dank der CDU-Fraktion für die geleistete Arbeit zu überbringen.

Ohne die Stimmen der CDU wäre in den letzten Jahren kein Haushalt verabschiedet worden. Die CDU Fraktion wird auch in diesem Jahr ihre Zustimmung zu diesem Haushalt geben. Es gibt Signale, dass - wie im letzten Jahr, so auch in diesem Jahr - der Haushalt mit großer Mehrheit verabschiedet werden kann. Ich betrachte das als eine nachträgliche Zustimmung zur Politik der CDU in den letzten Jahren.

Erfreulich ist, dass im Gegensatz zu den letzten Jahren der Haushaltsplan wieder eine Investitionsrate enthält, die Investitionsrate beträgt 2,7 Mio €. Enthalten ist in dieser Summe allerdings der Betrag von 2,1 Mio € aus der Erstattung aus dem Fond Deutsche Einheit.

Dieser Betrag soll zum Aufbau eines Pensionfonds verwendet werden, ich verweise hier auf den entsprechenden Antrag der CDU Fraktion.

Nach dem kameralen System haben wir für den Planungszeitraum bis zum Jahre 2011 einen strukturell ausgeglichenen Verwaltungshaushalt. In diesem Planungszeitraum sind allerdings Risiken enthalten, z.B. ist die Veränderung durch die Unternehmenssteuerreform auf das Gewerbesteueraufkommen noch nicht zu quantifizieren.

Wir hören von Ihnen, Herr Bürgermeister, und vom Kämmerer immer wieder, dass die Aufgaben- und Produktkritik konsequent fortzusetzen ist und dies der Schlüssel zur Stabilisierung des Haushaltes ist. Doch: Was nützen uns Vorschläge aus der Verwaltung, die nicht umgesetzt werden? Der Wille zur Umsetzung muss vorhanden sein. Im Rahmen der weiteren Aufgaben- und Produktkritik erwarten wir abgestimmte Vorschläge, die sie, Herr Bürgermeister, auch vertreten.

Erfreulich ist, dass im Planungszeitraum die Finanzierung der Feuerwehr, die Sanierung des EUREGIO Gymnasiums und auch die Abdichtung der Deponie enthalten ist.

Eine weitere wichtige Maßnahme ist der Bau des Radweges an der L 604.

Bedauerlich ist, dass mit Landesmitteln diese Maßnahme in den nächsten Jahren nicht realisiert werden kann. Um die Dringlichkeit zu unterstreichen, hat der Ortsverband der CDU hat eine Verkehrszählung durchgeführt.

Das Ergebnis verdeutlicht die Notwendigkeit eines Radweges.

Der CDU Ortsverband führt Gespräche mit der Interessengemeinschaft, die die Druckrohrentwässerung betreibt. Ziel ist es, ein Teilstück im Rahmen des Programms „Innovativer Radwegbau“ zu realisieren. Wir bitten die Verwaltung um Unterstützung und fordern sie auf, Gespräche mit dem Kreis zu führen, da der Kreis seinen Ansatz für kommunale Radwege erhöht hat.

Mit der Entscheidung zum Bau einer neuen Feuerwache an der Dingdener Straße geht eine unendliche Geschichte doch noch zu Ende. Ich muss in Erinnerung rufen, dass es der Vorsitzende der CDU Fraktion war, der dieses Projekt vorangetrieben hat. Wenn wir auf den Bürgermeister gewartet hätten, gäbe es heute noch die Aussage, dass in einem Vierteljahr ein Finanzierungsplan vorgelegt wird.

Auch nach der politischen Entscheidung die Feuerwache zu bauen, hat es seitens der Verwaltung unklare Vorgaben gegeben. Eine Vergabe als GU war aus rechtlichen Gründen nicht möglich, aber als sich abzeichnete, dass für ein PPP-Modell keine Mehrheit zu erreichen ist, war auch eine Vergabe als GU möglich. Warum ändern sich rechtl. Hintergründe, wenn für ein PPP-Modell keine Mehrheit zu erreichen ist?

Ich wiederhole nochmals die Aufforderung an die Verwaltung, dass alles unternommen werden sollte möglichst heimische Unternehmen zu beteiligen. Die Leistungsbeschreibung muss so erfolgen, dass Nachtragskosten ausgeschlossen sind.

In der Stadtverordnetenversammlung wurde darauf hingewiesen, dass unter einem sozialdemokratischen Bürgermeister nunmehr diese Feuerwache gebaut wird. Ich habe damit kein Problem. Wichtig ist, dass die Feuerwache gebaut wird. Ich habe

auch kein Problem damit, wenn ein sozialdemokratischer Bürgermeister den Neubau an die Feuerwehr übergibt. Das muss dann aber noch in dieser Wahlperiode erfolgen.

Meine Damen und Herren,

Ich habe den Eindruck, dass die Kollegen der Stadtpartei zur Legendenbildung und Verklärung neigen.

Inzwischen reklamiert die Stadtpartei die Vaterschaft für den Bau der Feuerwehr für sich. Der wesentliche Beitrag der Stadtpartei war die Vorlage einer Kostenschätzung, die nicht belegt werden konnte. Die Stadtpartei hat bereits mehrere Millionen € eingespart, obwohl noch nicht einmal die Zeichnungen für eine Ausschreibung erstellt sind, vielleicht kann der Kämmerer die eingesparten Millionen zur Schuldentilgung verwenden, danach sollte man diese Vorgehensweise patentieren lassen.

Die Veränderungen im Bereich der Gebäudewirtschaft und der Stadtentwässerung sind ebenfalls von der Stadtpartei als Kinder adoptiert worden.

Zur Einstellung des 1. Stadtrates wird der CDU auch noch Machtspielerei vorgeworfen, eine etwas andere aber nicht neue Formulierung, da ja der alte Ausdruck Machtmissbrauch aufgrund fehlender eigener Mehrheit nicht mehr zieht.

Es ist zwingend erforderlich in einer Stadt der Größenordnung Bocholts nach dem Ausscheiden von Herrn Hagmayer diese Stelle neu zu besetzen. Mit dieser Meinung stehen CDU und FDP nicht allein, auch in den Fachbereichen ist diese Erkenntnis vorhanden.

Ich muss darauf hinweisen, dass es verantwortungslos ist die Position des 1. Stadtrates zu besetzen, ohne sich intensiv mit der Qualifikation und der Persönlichkeit der Bewerber zu befassen. Der Fraktionsvorsitzende und die CDU haben Gespräche mit mehreren Bewerbern geführt und den Bewerber mit der

besten Qualifikation und Persönlichkeit dem Rat zur Wahl vorgeschlagen. Völlig unverständlich und auch verantwortungslos ist es, dass Fraktionen sich für eine Kandidatin entscheiden ohne die entsprechenden Gespräche geführt zu haben. Eine halbe Stunde in der Arbeitsgruppe Personal kann nur die letzte Gesprächsrunde sein, ist aber völlig unzureichend um sich ein umfassendes Persönlichkeitsbild der Bewerber zu beschaffen.

Meine Herren der Stadtpartei, es ist einfach, populistische Anträge zu stellen, wir haben von Verantwortung eine andere Vorstellung. Sie haben sich in den letzten Jahren eindeutig zu einem Anhängsel der SPD entwickelt.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,

Auch wenn Einige es nicht hören wollen, die Stadt Bocholt hat es verpasst für die Hauptschule rechtzeitig einen Antrag zur Einführung einer gebundenen Ganztagschule zu stellen. Die Stadt hat demnach auf ca. 1 Mio € Fördermittel verzichtet. Wir sollten dennoch unser Hauptaugenmerk auf die Hauptschule richten. Die Verwaltung wird nochmals aufgefordert, alle Möglichkeiten auszuschöpfen, auch mit möglichen Fördermitteln, mindestens eine Hauptschule zu einer Ganztagschule mit mehr Unterricht und besseren Fördermöglichkeiten für die Schüler einzurichten.

Ein erster Schritt für mehr Förderung der Hauptschüler ist die Einstellung von Ausbildungslotsen als Unterstützung zur Ausbildungsberatung der Schulabgänger. Ziel ist es diesen Schülern einen besseren Zugang zu einer passenden Lehrstelle zu ermöglichen.

Die offene Ganztagschule an den Grundschulen wird auch in diesem Jahr ausgeweitet. Unser Ziel ist es, dass auch in den Ferienzeiten für die Kinder akzeptable Angebote bereit gehalten werden, damit die Eltern Beruf und Familie besser koordinieren können. Hier soll der Fachbereich noch enger mit der

Jugendhilfe zusammenarbeiten. Zusätzlich zu veröffentlichen sind Ferienmaßnahmen von weiteren Trägern.

Trotz beschlossener und teilweise umgesetzter Schulentwicklungsplanung müssen wir in den Randbereichen Bocholts auf die demographische Entwicklung besonders achten. Die Eltern erwarten auch in diesen Bereichen zu Recht eine zumutbare und wohnortnahe Beschulung für ihre Kinder.

Aufgrund verschiedener Studien wissen wir, wie sich infolge der demographischen Entwicklung die Bevölkerungsstruktur bis zum Jahr 2020 verändern wird.

In der CDU gibt es zum Thema Demographie einen Arbeitskreis.

Wir wissen, dass die Bevölkerungszahl in Bocholt leicht zunehmen wird, aber überwiegend aus Wanderungsgewinnen. Die Alterspyramide wird sich bis zum Jahr 2020 nach oben verändern, die Zahl der älteren Menschen in Bocholt wird steigen. Hier einige Zahlen aus unserem Raum, die diese Aussage verdeutlichen:

Der Anteil der unter 18-jährigen an der Bevölkerung verändert sich vom Jahr 2003 zum Jahr 2020 von 21,4 % auf voraussichtlich 16,9 %. Der Anteil der über 60 jährigen wird hingegen steigen. Der Anteil der über 80-jährigen wird sich mehr als verdoppeln und steigt auf 7,4 %.

Das Älterwerden der Gesellschaft ist dabei nicht das Problem. Das Problem ist, dass ohne Kinder die Zukunft bereits hinter uns liegt.

Diese Entwicklung können wir nicht verdrängen. Die Bürger wollen wissen, was auf sie, ihre Kinder und Enkelkinder zukommt. Die Frage muss beantwortet werden: Wie werden wir im Jahr 2020 in Bocholt leben?

Wesentliche Betätigungsfelder sind hier die Kinder-, Jugend- und Familienpolitik, die Bildung und Ausbildung, die Seniorenpolitik und das Wohnen im Alter sowie die wirtschaftliche Entwicklung und die Stadtentwicklung.

Es gilt darüber nachzudenken, ob und wann an die Stelle der wachstumsorientierten Planung die Gestaltung der Bevölkerungsstagnation treten muss. Ich kann ihnen heute keinen Vorschlag unterbreiten. Aber der demographische Wandel bietet auch Chancen. Wir sollten uns gemeinsam dieser Aufgabe stellen.

Viele Bereiche haben bereits auf diese Entwicklung reagiert. Wir haben Veränderungen in den Kindertagesstätten und in den Schulen. Die Kirchen sind ebenfalls dabei sich dieser Veränderung zu stellen.

Ich möchte mit dieser Feststellung den Bogen zum Sport spannen.

Diese Entwicklung in den Kindergärten und Schulen wird ebenfalls, allerdings etwas zeitversetzt, Auswirkungen auf den Sport haben. Die Kinder in den Kindergärten und Schulen sind die möglichen Vereinsmitglieder von morgen.

Wir haben immer wieder auf den hohen Stellenwert und die hohe Akzeptanz und die Bedeutung des Sports in unserer Stadt hingewiesen

Ende letzten Jahres hat der Rat die neuen Sportförderungsrichtlinien verabschiedet, diese Richtlinien sind mit Beginn dieses Jahres in Kraft getreten und haben die 30 Jahre alten Richtlinien ersetzt.

Die neuen Richtlinien sind viel diskutiert worden und wurden allen Vereinen vorgestellt.

Ich will hier auf 2 wesentliche Punkte hinweisen. Verändert wurden die Zuschüsse für Betriebskosten der sportlich genutzten Räume von Sportheimen. Die Zuschüsse werden entsprechend den Mitgliederzahlen angepasst. Ziel ist es für die Berechnung der Zuschüsse zukünftig die Mitgliederzahlen mit 50 % als Berechnungsgrundlage anzusetzen.

Als weitere Neuerung wird es Kriterien für zukünftige Investitionen geben. Diese Kriterien sind die soziale Tragfähigkeit, die ökonomische Verantwortbarkeit und die ökologische Nachhaltigkeit. Vor Anwendung dieser Kriterien wird eine Bedarfsanalyse vorgeschaltet.

Diese Bedarfsanalyse prüft die Auslastung bestehender Anlagen, den zukünftigen Bedarf, Alternativen und Ausweichmöglichkeiten.

Ich habe mehrfach darauf hingewiesen, dass Verwaltung und Politik sich daran messen müssen, wie diese Richtlinien eingehalten und gelebt werden.

Es haben sich nicht nur die Richtlinien des Sports verändert. In den letzten 30 Jahren hat sich vieles auch im Bereich des Sports verändert. Neben den traditionellen Sportarten haben sich weitere Sportarten etabliert. Ich erinnere hier an den Tennisboom in den 80/90 ziger Jahren: In diesen Jahren sind viele Tennisplätze gebaut worden - heute sind nicht alle Tennisplätze ausgelastet. Der Volleyballsport hat sich entwickelt, wir erleben einen Boom im Fitness- und Gesundheitssport. Die traditionellen Sportarten sind teilweise zurückgedrängt worden.

Wie gehen wir mit dieser Entwicklung um, auch unter Berücksichtigung der Bevölkerungsentwicklung?

Müssen nicht auch der Sport und damit die Sportvereine sich den geänderten Verhältnissen anpassen?

Wie stellt sich der Sport dieser absehbaren Entwicklung?

Wir müssen gemeinsam mit den Sportvereinen und dem Stadt-Sport-Verband zukunftssichere Lösungen diskutieren, damit gesunde und tragfähige Strukturen des Sports in Bocholt erhalten bleiben.

In diesem Zusammenhang begrüße ich ausdrücklich die angestrebte Zusammenarbeit der Vereine TV Bocholt und TV Phönix. Hier haben die Verantwortlichen Vereinsvertreter erkannt, dass unter den veränderten Bedingungen eine Zusammenarbeit bis hin zu einer möglichen Fusion für beide Vereine der richtige Weg sein wird. Ich erwähne hier ausdrücklich, dass diese Erkenntnis aus den Vereinen geboren ist und nicht durch Druck von außen erfolgte.

Die Vereine SC26 Bocholt und TuB Mussum wollen fusionieren und haben einen Antrag gestellt auf Förderung zur Erweiterung des Sportgeländes in Mussum. Auch hier begrüßt die CDU ausdrücklich die geplante Fusion, die ebenfalls aus den Vereinen heraus entwickelt worden ist. Die von den Vereinen vorgelegten Entwürfe müssen entsprechend den gültigen Sportförderungsrichtlinien noch geprüft werden.

Vielleicht ist diese angestrebte Zusammenarbeit oder Fusion auch eine Blaupause für den Hünning, wir kennen alle den berühmten Satz:“ Wer zu spät kommt, den bestraft das Leben.

Konkurrenz belebt das Geschäft, Wettbewerb ist auch im Sport zwingend erforderlich. Aber wir müssen auch die Frage beantworten, ob mehrere Sportvereine mit einem deckungsgleichen Sportangebot im gleichen Stadtteil überlebensfähig sind.

Wir haben in Bocholt viele traditionsreiche Sportvereine, aber wir sind alle aufgefordert uns immer wieder den heutigen Gegebenheiten zu stellen. Die Stadt und die Politik wollen keine Zusammenarbeit bestimmen, doch wir dürfen vor den Fakten die Augen nicht verschließen.

Die Vereine und die Sportselbstverwaltung haben hier für die Zukunft eine Aufgabe, für die es lohnt, sich einzusetzen.

Meine Damen und Herren betrachten Sie diese Aussage als Anregung und Aufforderung, den Sport in Bocholt zukunftsicher zu gestalten. Bei aller gesunder Rivalität im Wettkampf: Zusammenarbeit unter den Vereinen ist kein Tabu-Thema, sondern kann für die Zukunft lebensnotwendig werden.

Die Grundaussage der CDU bleibt bestehen: Sport in Bocholt ist ein wesentlicher Faktor in unserer Gesellschaft. Wir werden uns dafür einsetzen, den Sport dort zu fördern, wo auch die Bürger Sport treiben, Jugend dort fördern, wo auch Jugend ist.

Nicht nur der Sport, unsere Gesellschaft lebt vom ehrenamtlichen Engagement der Bocholter Bürger. Ich möchte ausdrücklich allen ehrenamtlich Tätigen die Anerkennung der CDU aussprechen: Diese Säulen der Gesellschaft nicht nur zu loben, sondern auch zu unterstützen ist unsere Aufgabe.

**Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren,
Das Handwerk insgesamt ist einer der größten Arbeitgeber in Bocholt. Die Kreishandwerkerschaft hat Ihren Sitz in Bocholt.
Die Bürgermeister oder Vertreter aus dem Kreis Borken haben durch ihre Teilnahme an der Verabschiedung von Dr. Abels ihre Wertschätzung deutlich gemacht. Die Stadt Bocholt war nicht vertreten.**

Herr Bürgermeister, durch ihr Fernbleiben bei der Verabschiedung von Dr. Abels als Hauptgeschäftsführer der Kreishandwerkerschaft haben sie das gesamte Handwerk brüskiert. Ich darf sie daran erinnern, dass gerade Dr. Abels es war, der sich immer wieder für den Standort Bocholt eingesetzt hat.

Ein weiteres Thema ist der Zick-Zack-Kurs zur Kultur-GmbH. Ich halte fest, dass es keine politische Entscheidung zu diesem Thema gibt. Allerdings gibt es eine Meinungsbildung in den Gremien des Verwaltungsvorstandes, dem Verwaltungsrat der Stadtparkasse und dem Aufsichtsrat von Stadtmarketing.

In all diesen Gremien haben sie ihre Zustimmung zur Kultur GmbH gegeben. Ihre Aufgabe wäre es gewesen, dieses als Verwaltungsvorlage in die politische Diskussion einzubringen.

Unabhängig davon, ob eine Kultur GmbH richtig oder falsch ist, haben Sie sich vom Fraktionsvorsitzenden der SPD öffentlich zurückpfeifen lassen. Ich wiederhole hier meine Aussage, dass ein Bürgermeister in Bocholt auch entscheidungsfähig sein muss, wenn der SPD Fraktionsvorsitzende Urlaub hat.

Es kann nicht sein, dass der Verursacher des Kultur-GmbH-Chaos sich in der Neujahrsansprache als Retter der Kultur in Bocholt aufspielt.

Die Lehre des bekannten Bundesligaschiedsrichters Markus Merk lautet:“ Sicher entscheiden bedeutet, schnell zu entscheiden, das überzeugend zu vertreten und hinterher nicht zu wackeln“. Im Gegensatz zum Bundesligaschiedsrichter mussten sie, Herr Bürgermeister, nicht in Sekundenbruchteilen eine Entscheidung treffen.

Die CDU tritt dafür ein, die vielfältige und vor allem ehrenamtliche Kulturlandschaft in Bocholt weiterhin zu unterstützen. Auch zukünftig wird die städtische Förderung von den gewählten Gremien - Kulturausschuss und Rat - bestimmt werden. Dennoch sollten wir alle Anstrengungen unternehmen, nach neuen Möglichkeiten der Kulturförderung zu suchen und diese zu unterstützen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Die Hochschul-Initiative des Landes hat das Ziel weitere Studienplätze in Nordrhein-Westfalen zu schaffen. Die Fachhochschule Bocholt erstellt zur Zeit eine Studie über Möglichkeiten für den Standort Bocholt und über weiche und harte Standortfaktoren. Gemeinsam mit Fachhochschule, Stadt und Wirtschaft sollten wir Anstrengungen unternehmen, die Studienplätze zu erweitern und das Portfolio durch weitere Studiengänge zu ergänzen: Logistik bietet sich beispielsweise an, da die Logistikbranche in Bocholt ein wichtiger und starker Wirtschaftsfaktor ist.

Im Bereich der Wirtschaftsförderung können wir nach wie vor die Arbeit von Stadtmarketing loben und wiederum auf einen gelungen Weihnachtsmarkt zurückblicken.

Erfreulich ist festzustellen, dass die Leerstände in der Nordstraße zurückgehen: sicherlich ein gemeinsamer Erfolg der Arbeit der ISG Nordstraße und Stadtmarketing. Ich bitte an dieser Stelle die Werbegemeinschaft um Verständnis, dass wir dem Antrag auf einen jährlichen Zuschuss für Werbemaßnahmen nicht zustimmen können, diese Maßnahme muss privatwirtschaftlich finanziert werden.

Im Industriepark haben wir inzwischen die Kapazitätsgrenze erreicht, es stehen nur noch wenige kleine Industriegrundstücke zur Verfügung. Wir stellen uns immer wieder die Frage, warum die Erschließung und damit die Erweiterung des Industrieparks sich erneut verzögert. Die Nachfrage nach Gewerbe- und Industrieflächen ist weiterhin groß. Deshalb ist hier Eile geboten, damit Unternehmen sich verwurzeln und erweitern oder sich in Bocholt neu ansiedeln können.

Wir können bereits jetzt erkennen, dass diese Erweiterung auf Dauer nicht ausreichend ist. Es ist erforderlich, dass die Verwaltung mit der Bezirksplanungsbehörde Gespräche führt und eine weitere Erschließung von Gewerbegebieten einfordert. Es kann nicht sein, dass ein Mittelzentrum wie Bocholt, mit hohem Berufspendleranteil, benachteiligt wird.

Aus dem Wirtschaftsförderungsausschuss wird berichtet, dass Sie, Herr Bürgermeister, in den Sitzungen des Ausschusses sich überwiegend passiv verhalten. Wirtschaftsförderung erfordert Aktivitäten und das Pflegen entsprechender Kontakte. Unter den geschilderten Verhältnissen müssen wir uns Gedanken machen, ob das Dezernat Wirtschaftsförderung richtig angesiedelt ist.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Im letzten Jahr hat es viele emotionsgeladene Diskussionen zum Thema KIBIZ gegeben, inzwischen ist mehr Sachlichkeit eingekehrt. Das Angebot wird verbessert durch mehr Wahlfreiheit. Verdoppelt wird das Angebot für die U 3-jährigen und verbessert wird die Förderung der Sprachfähigkeit der Kinder. Wichtig ist, dass kein Kind mehr eingeschult wird, das die deutsche Sprache nicht beherrscht. Besonders Kinder mit Migrationshintergrund und aus sozial schwachen Familien benötigen eine gezielte Förderung.

Diese Mehrleistungen haben ihren Preis, dennoch hat sich die CDU-Fraktion dafür eingesetzt, dass dieses Angebot kostenneutral für die Eltern umgesetzt wird. Das bedeutet, die Kindergartenbeiträge bleiben stabil. Es ist erfreulich, dass die SPD hier eine Kehrtwende vollzogen hat.

Mit der Teilnahme am Landesprogramm „Kein Kind ohne Mahlzeit“ gehen wir den richtigen Weg, der städtische Zuschuss ist hier gut investiertes Geld.

Da wir nicht unbegrenzte Mittel zur Verfügung haben, ist es erforderlich Prioritäten zu setzen. Die Priorität der CDU liegt bei den Familien und Kindern. Daher kann es erforderlich sein, auf eine Verbraucherzentrale für 100.000 € jährlich zu verzichten. Die städtischen Mittel sind für Familien und für Kinder besser und effizienter angelegt!

Ein weiterer Schwerpunkt in diesem Jahr ist die Auswertung der Ergebnisse der Jugendumfrage - ein sinnvolles Mittel, Jugendliche einzubeziehen.

Die stadtteilbezogenen Kinderkonferenzen sind abgeschlossen. Die CDU hat hier verschiedene Anträge gestellt, die im Jugendhilfeausschuss beraten werden.

In diesem Jahr haben wir Mehrausgaben für die Unterbringung von Kindern, Jugendlichen und jungen Erwachsenen von mehr als 1 Mio € im Haushalt einstellen

müssen. Ziel muss sein, auffällig gewordenen jungen Menschen Unterstützung zu geben und Alltagsprobleme zu lösen, sie zu befähigen, zukünftig ein selbstständiges Leben in unserer Gesellschaft zu führen.

Auch in Bocholt müssen wir uns dem Thema der Jugendkriminalität stellen. Es gilt: Null Toleranz gegen Gewalt! Dabei ist es gleichgültig, ob Gewalt von rechts oder links, von Jugendlichen oder Erwachsenen, von Personen mit oder ohne Migrationshintergrund ausgeübt wird. Wir appellieren an alle Bürger: Nicht wegsehen, nicht weghören, sondern hinsehen und hinhören ist unsere Pflicht! Wir müssen bedenken, dass immer die Schwachen auch die Opfer sind. Gewaltakte dürfen nicht dazu führen, dass Zivilcourage in unserem Land und unserer Stadt zum Luxus wird, den sich niemand leisten kann. Gleiches gilt auch für die Vernachlässigung von Kindern oder Gewalt an Kindern. Sozialamt und zuständige Behörden können sicher Vieles in diesem Bereich verhindern helfen. Dennoch gilt: Sehen Sie nicht weg! Schauen sie hin und mischen sie sich ein!

Bei aller öffentlichen Diskussion zum Thema Jugendkriminalität ist es auch wichtig, darauf hinzuweisen, dass wir hier immer von einer Minderheit reden. Die Mehrheit unserer Jugend ist genau so in Ordnung und anständig wie in der Vergangenheit. Leider werden diese Tugenden in der Öffentlichkeit nicht so hervorgehoben.

Die gute Arbeit im Fachbereich Soziales zeigt weiter Früchte. Das Absinken der Arbeitslosigkeit in Bocholt auf 5,6 % (Stand Dezember 2007) ist sicher zum Großteil der Wirtschaft fördernden Politik der Bundesregierung und der weltweit anziehenden Konjunktur geschuldet. Aber gerade im Bereich der Hartz IV Empfänger konnte der Fachbereich Soziales und die EWBO durch Ihre hervorragende Arbeit dazu beitragen, dass Menschen aus der Arbeitslosigkeit heraus schneller wieder in den ersten Arbeitsmarkt vermittelt wurden.

Es bleibt für Bocholt zu hoffen, dass sich das Modell der Optionskommune im Bereich der Hartz IV Empfänger zukünftig gegenüber den ArGe's als das entscheidende Modell durchsetzt. Denn das Zusammenspiel zwischen Stadt, den Unternehmen und örtlichen Netzwerken funktioniert in Bocholt hervorragend. Auf diesem Wege möchten wir alle politisch Verantwortlichen bitten, diese Erfolgsgeschichte weiter zu tragen. Die Optionskommune muss sich als das einzig richtige Modell politisch durchsetzen.

Besonders erfreulich ist auch die Tatsache, dass es dem Fachbereich Soziales 2007 gelungen ist, über die Hälfte aller Obdachlosen in den freien Wohnungsmarkt zu integrieren. Hier hat in der Vergangenheit das Zusammenspiel zwischen den Trägern des Wohnungsmarktes, den ehrenamtlich wie hauptamtlich Tätigen der Begegnungsstätte Ewaldi an der Donaustraße und dem Fachbereich Soziales sehr gut funktioniert. Wir hoffen auch 2008 auf entsprechend erfolgreiche Bemühungen, hilfebedürftigen Menschen in Bocholt schnell und pragmatisch zur Seite zu stehen.

Herr Bürgermeister, meine Damen und Herren

Ein Wort zu den anhaltenden Diskussionen Rechts oder Links, NPD und Linkspartei.

Die CDU bekennt sich klar zu christlichen Grundwerten und verurteilt jegliche Radikalisierung, sei es von links oder rechts. Die NPD darf in Bocholt keine Nahrung finden, wir müssen gemeinsam rechtes Gedankengut durch Überzeugung verhindern.

Die Entwicklung im letzten Jahr betrachten wir mit Sorge, wir können es nicht zulassen, dass sich Rechts und Links gegenseitig hochschaukeln.

Den richtigen Wege gezeigt hat Herr Niebur mit der Vorstellung des Buches der Erinnerungen. Hier wird ein aktives Zeichen gesetzt gegen das Vergessen. Das verdient unsere Anerkennung und unseren Respekt.

Die Schüler der Bocholter Schulen haben sich mit dem Projekt „Sie waren Bocholter wie wir“, mit dem Schicksal der Bocholter Juden befasst.

Die Veranstaltung in Foyer des Rathauses in der letzten Woche hat die Besucher emotional bewegt. Schüler haben gezeigt, wie der große Teil der Jugend denkt. Auch dieses Projekt ist ein hervorragender Beitrag gegen Radikalismus, dieses Projekt verdient ebenfalls Anerkennung und Respekt.